



„Jede Veränderung bietet eine Chance ...“

Ergebnis der AG „Polizeiorganisation“ bzw. Eckpunkte der Lenkungsgruppe.
Von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

Jede Veränderung ist gleichzeitig eine Chance. Veränderungen geschehen – tagtäglich, stündlich, ständig. Oft sind sie „fremd gesteuert“, oft ungewollt. Und genau diese ungewollten und ungeliebten Veränderungen schmerzen und je größer die Veränderungen, desto mehr schmerzen sie. Bleibt die Chance, die jeder Veränderung inne wohnt – und diese Chance gilt es zu nutzen.

Veränderungen beginnen im Kopf und müssen da selbst verarbeitet, akzeptiert und gelebt werden. Sie müssen von einer breiten Basis getragen sein und sie dürfen keine „Verlierer produzieren“.

Seit knapp zwei Wochen liegen uns die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Polizeiorganisation“ bzw. die Eckpunkte zur Polizeiorganisation vor – nun liegt es an uns, was wir daraus machen. Die Polizei dieses Landes hat nun die vielleicht einmalige Chance, sich selbst zu verändern. Nicht von außen gesteuert, sondern von innen heraus. Das ist politischer Wille und so lauten die wenigen Vorgaben aus der Politik: Straffe Strukturen und mehr Personal in der Fläche bzw. an der Basis.

Für die Gewerkschaft der Polizei standen die Eckpfeiler schon seit langem fest:

- Nur sinnvolle Veränderungen
- Optimierung der Personalressourcen
- Sozialverträgliche Umsetzung
- Personelle Stärkung der Basis
- Bündelung von Kompetenz und
- Bindung der „Gewinnabschöpfung“

Beginnen wir mit dem Letzteren: Bindung der „Gewinnabschöpfung“ bedeutet unabdingbar, dass eingesparte Ressourcen, frei werdende Stellen und eingesparte Haushaltsmittel in der Polizei des Landes bleiben müssen. Zu nahe sind uns noch die politischen Versprechen im Zusammenhang mit dem „Nichtvollzugskonzept“, bei dem ja „nur“ 50% der Einsparungen der Verbesserung der Situation unserer

Beschäftigten dienen sollten – nicht einmal die wurden gehalten. An diesem Akt von modernem „Kannibalismus“ hat hauptsächlich der Finanzminister verdient. Damals ließen wir uns noch angesichts der Chancen blenden – heute nicht mehr.

Jetzt geht es um Optimierung bzw. optimalen Einsatz aller Ressourcen und dazu müssen die Rahmenbedingungen zumindest gleich bleiben oder sogar verbessert werden.

Das Gleiche gilt für die Optimierung der Personalressourcen. Zwar ist bekanntlich das oberste Ziel jeder Organisation der eigene Fortbestand, jedoch ist damit jede Veränderung von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Für uns bedeutet Optimierung eine ergebnisoffene Planung, die Bewährtes erhält, ja sogar stärkt, Fehler korrigiert und neue Möglichkeiten erschließt.

Als eine offensichtliche Fehlentscheidung entpuppte sich zum Beispiel die Integration der Landespolizeidirektionen in die Regierungspräsidien. Wir fordern daher, dass bei jedweder Art von Organisationsänderung Beschäftigte, die Angehörige der Polizei sind, auch Angehörige dieser Polizei bleiben oder wieder werden. Dies bedeutet unter anderem, dass die Kolleginnen und Kollegen, die aufgrund der „Teufel’schen Reorg“ zu Angehörigen der Regierungspräsidien wurden, auf eigenen Wunsch wieder zu Angehörigen der Polizei werden.

Untrennbar mit der Neuordnung der Polizeistruktur ist für die Gewerkschaft der Polizei die sozialverträgliche Umsetzung verbunden. Sicherlich werden Veränderungen kommen, sie werden auch den einen oder anderen Wechsel mit sich bringen. Sie dürfen jedoch nicht dazu



Rüdiger Seidenspinner (r.) und Lothar Adolf (einer seiner Stellvertreter)

führen, dass Kolleginnen und Kollegen, vor allem aus den unteren Einkommens- und Vergütungsgruppen, wahl- und sinnlos im Land (herum)versetzt werden, wie z. B. bei der Schließung der Bepo Hechingen, als Hilfs- und Teilzeitkräften Stellen bei der Bepo in Böblingen angeboten wurden.

Sozialverträglich heißt vor allem verantwortungsvoll und sinnvoll.

Unsere Forderung ausschließlich nach sinnvollen Veränderungen steht nicht umsonst vorne an. Veränderungen nur um der Veränderungen willen oder damit jemand „seine/ihre Spuren hinterlassen“ kann, werden wir auf keinen Fall mittragen. In strittigen Fragen erwarten wir Beteiligung auf „Augenhöhe“ und ein Höchstmaß an Transparenz. Wer uns von der Notwendigkeit oder Sinnhaftigkeit anstehender Veränderungen überzeugen kann, der kann auch mit unserer Unterstützung rechnen.

Zu sinnvollen Veränderungen kann auch die Bündelung von Kompetenzen gehören. Zentrale Einrichtungen, wie z. B. ein Polizeitechnikamt, aber auch das Zusammenführen von Querschnittsaufgaben, Spezialistentum sowie Verwaltung und Logistik, können durchaus Sinn machen. Diese Bündelungen dürfen sich aber ausschließlich an Sachkriterien, ört-

Fortsetzung auf Seite 2



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, oder in der GdPdigit@l veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der GdP-Phone-2.0-Nummer 0 15 25-6 13 26 65.

Der Redaktionsschluss für die **März-Ausgabe 2012** des Landesjournals Baden-Württemberg ist **Freitag, der 3. Februar 2012**, und für die **April-Ausgabe 2012, Freitag, der 9. März 2012**.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos, diese bitte separat zuzusenden.

*Wolfgang Kircher und
Thomas Mohr*

Fortsetzung von Seite 1

lichen Gegebenheiten und Schwerpunkten orientieren. Wichtig ist, dass sich diese „Zentralen“ vorrangig als Dienstleister sehen, um die Arbeit vor Ort zu erleichtern und nicht zum reinen Selbstzweck geschaffen werden oder sogar darüber hinaus Leistung einfordern.

Wir, die Gewerkschaft der Polizei, haben bisher noch keinen Grund für unnötige Hektik, Panik oder verfrühter Kritik gesehen. Schließlich kann man nur das diskutieren, kritisieren und hinterfragen, was auf dem Tisch liegt.

In die Reihen der „Hellseher“ wollten und wollen wir uns nicht einordnen.

Die GdP wird die Reform der Polizeiorganisation konstruktiv kritisch begleiten, die Vorschläge und die Eckpunkte in ihren Gremien ausführlich beraten und die gemeinsamen Beschlüsse einbringen. Hierzu wird der Gewerkschaftsbeirat – also das höchste Gremium der GdP – zwischen den Delegiertentagen Anfang März zu einer vorgezogenen Sitzung zusammenkommen. Im Vorfeld werden wir unseren Untergliederungen alle vorhandenen Unterlagen zur breiten Diskussion vor Ort zur Verfügung stellen. Dies entspricht nicht nur der Vorgabe des Innenministeriums, sondern auch dem Artikel 5 des ILO-Übereinkommens Nr. 135 (Übereinkommen über Schutz und Erleichterungen für Arbeitnehmervertreter im Betrieb, welches am 23. 6. 1971 getroffen und am 26. 9. 1973 von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurde), der da lautet:

„Sind in einem Betrieb sowohl Gewerkschaftsvertreter als auch gewählte Vertreter tätig, so sind nötigenfalls geeignete Maßnahmen zu treffen, um zu gewährleisten, dass das Vorhandensein gewählter Vertreter nicht dazu benutzt wird, die Stellung der beteiligten Gewerkschaften oder ihrer Vertreter zu untergraben, und um die Zusammenarbeit zwischen den gewählten Vertretern und den beteiligten Gewerkschaften und ihren Vertretern in allen einschlägigen Fragen zu fördern.“

Zur Erinnerung noch einmal ein paar Auszüge aus dem Strategiepapier der GdP, welches Maßstab und Grundlage für unsere Diskussion sein wird.

„Polizeitechnikamt“

Aus Sicht der GdP gehört die technische Ausstattung der Polizei in eine Hand bzw. in einen einheitlichen Strang gebunden. Dazu gehören nicht nur die klassisch technische Ausstattung wie

Waffen-, Gerät- und Sonderausstattungen, sondern auch Digitalfunk und IT-Ausstattung.

Zukünftig muss gewährleistet werden, dass dieser Bereich besser koordiniert und effizienter bearbeitet wird.

Ein Polizeitechnikamt, wie in anderen Bundesländern bereits vorhanden, bringt durch Aufgabenkonzentration zwangsläufig Synergieeffekte mit sich.

So manche Arbeitsgruppe – die durchaus Sinn macht – wird im Alltagsgeschäft



nebenher geleistet. Dies könnte ein Polizeitechnikamt wesentlich effizienter, konzentrierter und damit professioneller erledigen. Eine einheitliche Struktur und Koordination lang anhaltender Projekte würde die Arbeit deutlich beschleunigen.

Diesem Polizeitechnikamt sind dann auch die Werkstätten angegliedert. Auf die Probleme Bestandsgarantie und Personal wurde bereits an anderer Stelle hingewiesen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Polizei eigene Werkstätten – aller Art – benötigt und hierdurch finanzielles Einsparungspotenzial bietet, z. B. durch Kleinreparaturen bei Kfz, Sonderein- und -ausbauten in Fahrzeugen etc.

Ein Polizeitechnikamt böte eine flächendeckende Versorgung und wäre mit Außenstellen in den Regierungsbezirken als Serviceeinrichtung für die gesamte Polizeitechnik verantwortlich und zuständig.

Neben der Organisation der eigenen Technik brauchen wir auch Spezialisten, die moderne technische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Polizei

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
GdP-Phone: (0 15 25) 6 13 26 65
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



und die polizeiliche Arbeit bewerten und entsprechende Reaktionsmöglichkeiten erarbeiten. Hierzu sind hochwertige Stellen im Tarifbereich erforderlich, denn es muss der Polizei gelingen, junge Universitäts- bzw. Hochschulabgänger/-innen zu gewinnen.

Polizeiorganisation

Die Polizei des Landes hat schon zahlreiche Untersuchungen und Organisationsreformen hinter sich gebracht bzw. über sich ergehen lassen müssen. Der jetzige Organisationsaufbau hat sich bewährt und sollte grundsätzlich beibehalten werden. Dies bedeutet allerdings nicht, dass einzelne Strukturen und die Aufgabenverteilung nicht untersucht werden dürfen. Dies aber nur unter dem Aspekt der Verbesserung von Organisation und/oder Abläufen – auf keinen Fall aus fiskalischen Gründen.

Mit Blick auf die Aufgabenanalyse sollten die LPDn mehr und mehr zu „Servicedienststellen“ werden, die die nachgeordneten Dienststellen in verschiedenen Bereichen, z. B. Logistik oder Spezialistentum, organisatorisch unterstützen bzw. ergänzen. Eine Aufgabenbündelung auf Ebene der LPDn, z. B. in bestimmten Bereichen der qualifizierten Ermittlung oder Kriminalitätsbekämpfung, lässt eine Entlastung der Kreisdienststellen erwarten.

Weitere Überlegungen in Richtung Spezialisierung, z. B. die Bildung und/oder Leitung von Sonderstäben und Sonderkommissionen, sind anzustellen. Diese könnten bei bestimmten Lagen bzw. Fällen mit dem entsprechenden „Know-how“ und der vorhandenen Erfahrung eine wertvolle Unterstützung darstellen. Auch die Aus- und Fortbildung von Spezialisten und Fachleute würde sich einfacher gestalten.

Eine geplante landesweite Stärkung der Landkreise geht nur im Einklang mit der polizeilichen Ebene. Allerdings müssen Gliederung und Aufbauorganisationen der einzelnen Polizeidienststellen nicht zwingend überall gleich sein.

Zu überprüfen ist die Eingliederung der LPDn als Abteilung 6 in den jeweiligen Regierungspräsidien. Auch wenn es hier und da Gemeinsamkeiten gibt, hat die Eingliederung keine wesentlichen Vorteile für die Polizei und ihre Beschäftigten gebracht.

Das LPP im Innenministerium ist aus Sicht der GdP für die strategische Ausrichtung der Polizei des Landes zuständig. Dies ist durch Aufgabendefinition, Entscheidungskompetenz und Rahmen-

gebung zu gewährleisten. Die taktische und praktische Ausrichtung der Polizei erfolgt vor Ort aufgrund der getroffenen Grundsatzentscheidungen und der jeweiligen Rahmenbedingungen unter Einbeziehung der dienststellenspezifischen Gegebenheiten.

Neben einer grundlegenden Organisationsüberlegung müssen auch Entscheidungen hinsichtlich der personellen und finanziellen Grundaussstattung einer Dienststelle getroffen werden. Eine genaue Aufgabendefinition geht mit einer Zuteilung des erforderlichen Personals und ausreichender Finanzmittel einher.

Hierbei müssen verlässliche Größen vorgegeben werden. Diese dürfen nicht von der „Kassenlage“ abhängig oder ständigen Schwankungen unterworfen sein.

Polizeiarbeit bedient eines der höchsten Grundbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, nämlich die Sicherheit.

Deshalb ist ein feststehender Personalbestand für den Vollzugs- und Nichtvollzugsbereich zu definieren. Grundlage hierfür sind zumindest die Zahlen aus dem Jahre 2003. In diesem Jahr hatte die Polizei des Landes Baden-Württemberg eine Stärke von 24 600 Polizisten/-innen und im Nichtvollzugsbereich 5200 Beschäftigte.

Bei der personellen Ausstattung von Dienststellen sind verschiedene Parameter zu beachten. Diese sind u. a.

- Bevölkerungsdichte
- Größe im Sinne der zu betreuenden Fläche
- Belastungszahlen im 10-Jahre-Rhythmus und
- Topographische Gegebenheiten (Strategische Einsatzzeit X+15 Minuten)
- Die Lage der bürgerorientierten Organisationseinheiten
- Dienststellenbezogene Besonderheiten

Vorgabe von organisatorischen Rahmenbedingungen bringen langfristig einen effizienteren Personaleinsatz, finanzielle Verlässlichkeit und somit eine bessere und nachhaltige Aufgabenerledigung und Personalführung.

Diese Auszüge aus unserem Strategiepapier, welches wir bereits im Juni letzten Jahres erarbeitet und veröffentlicht haben, zeigen, dass wir vorbereitet waren und weiterhin gewappnet sind.

Frei nach dem Slogan eines bekannten Mineralölkonzerns, den auch unser Innenminister immer gerne zitiert, sagen wir:

Es gibt viel zu tun, packen wir's an
Euer

Rüdiger Seidenspinner

Seminarprogramm für 2012

Der GdP-Landesbezirk führt 2012 nachfolgende Seminare und Bildungsmaßnahmen durch. Wie gewohnt finden alle unsere Seminare an der Außenstelle der Akademie der Polizei statt.

16. bis 18. April

GdP-Frauenseminar, Veranstalter die Landesfrauengruppe.

23. bis 24. April

GdP-Schulung für Vertrauensleute in den Kreisgruppen. Das Seminar gibt Einblicke in die aktuelle Gewerkschaftsarbeit und soll das Handwerkszeug für Vertrauensleute vermitteln.

13. bis 15. Juni

GdP-Personalräteschulung (wird abgesagt).

17. bis 19. September

GdP-Tarifseminar für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

10. bis 12. Oktober

GdP-Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ für alle, die schon im Ruhestand sind oder demnächst kommen. Veranstalter ist die Seniorengruppe; die Mitnahme der Ehepartner oder Lebensgefährten ist möglich.

In Planung sind zwei eintägige Schulungen für die Seniorenvertreter in den Kreisgruppen in den Regierungsbezirken Tübingen im ersten Halbjahr 2012 und Stuttgart im 2. Halbjahr 2012. Veranstalter ist die Seniorengruppe. Weitere Informationen dazu folgen. Außer für die Personalräteschulung und die Seniorenveranstaltungen kann für alle Seminare Sonderurlaub nach der AZUVO beantragt werden. Die Seminarkosten werden von der GdP übernommen. Für die Personalräteschulung ist ein Entschlusses des Personalrats erforderlich. Die Seminarkosten werden den Dienststellen in Rechnung gestellt.

Anmeldungen sind ab sofort über die GdP-Geschäftsstelle bei Andrea Stotz, Tel. 0 70 42/87 90, oder andrea.stotz@gdp-bw.de möglich.

Dort erhaltet ihr auch weitere Infos. Weitere Seminare werden von der GdP Bund und der Jungen Gruppe Bund durchgeführt. Informationen darüber findet ihr im Internet oder in der Deutschen Polizei.



Alles unter einen Hut bekommen

Beruf und Kind, das klingt schon unterhaltsam genug – aber die Frage, die sich stellt, ist doch die: Wie klappt das wirklich in der Praxis?

Und: Wie schaffen Dienststellenleiter Möglichkeiten zur Vereinbarkeit?

Und: Wie reagieren die Kollegen/innen um einen herum?



Sandy Ortlepp bei der Arbeit mit ihrem Diensthund.

Ganz schön viele Fragen, denen ich da entgegengesehen habe und nicht ganz sorgenlos wohlgermerkt!

Und dann gab es das auch noch nie an einer Hundeführerschule in Baden-Württemberg ...

Aber von vorne!

Hundeführer – das geht nur aus echter Überzeugung heraus. Und dann auch noch ein Kind? Soweit kein Problem bis eben zu dem Zeitpunkt der wichtigen Frage „NÄCHSTER DIENSTHUND“ ja oder nein?

Doch auch das wurde umgesetzt und die ersten Vorbereitungen für einen längeren Aufenthalt an der Diensthundeführerschule in Karlsruhe-Durlach liefen an. Zeitgleich machte ich mich auf die Suche nach einer geeigneten Kindertagesstätte für meine kleine Tochter. Tagesmutter, Kinderkrippe, liebevolle Omi – viele Möglichkeiten wurden überdacht und wieder verworfen. Aus finanziellen Gründen kam eine Tagesmami leider nicht in Frage und auch eine liebevolle Omi ließ sich nicht finden. Dank der Hilfe einer Kollegin des PP Karlsruhe – einen lieben Dank an dieser Stelle noch-

mals für deine Mühen und vielen Telefonate – konnte tatsächlich im Januar 2011 ein Kinderkrippenplatz reserviert werden. Und nach telefonischer Rücksprache und Terminmitteilung war dann der Platz für etwas über drei Monate gesichert. Ein kurzes Aufatmen, denn wer Bescheid weiß ahnt, wie ungern Kindertagesstätten die kleinen Knirpse nur für Kurzzeiträume nehmen. Wir hatten echt Glück, insbesondere weil die Krippenplätze für die Kleinsten begehrt sind und sich die Zahl der aufzunehmenden Kinder auf ca. zehn bis 14 beschränkt.

Und dienstlich? Auch hier Erleichterung. Nach Abklärung und vermutlich einigen internen Gesprächen (und Diskussionen?) zwischen Ausbildungsleitern und Schulleiter wurde das O. K. gegeben. Meine Tochter durfte während des Lehrgangsaufenthaltes mit in die Unterkunft einziehen.

Erste Zweifel!

Natürlich machte dieses O. K. schnell die Runde unter uns Hundeführern und so blieb eine gewisse Skepsis unter den Kollegen und auch der ein oder andere Kommentar nicht aus. Während der eine den Mut seiner Kollegin bewunderte, brachten andere mit Bemerkungen wie „entweder Mama und Herd“ oder „Diensthundeführerin und Hund“ ihren Standpunkt unter die Leute. Auch unter den Ausbildern verbreitete sich eine gewisse Skepsis und sicher hatten die ihr gutes Recht dazu. Wer auf Lehrgang geht, der muss den Kopf frei haben, damit Hundeführer und Hund erfolgreich ihrer Ausbildung entgegenarbeiten können. Genauso verhält es sich für das gesamte Lehrgangsteam. Ausbilder und Hundeführer müssen in aller Ruhe konzentriert arbeiten können und durch eine „Mutti“, die ständig an das Kind denkt, oder während der Dienstzeit am Dauertelefonie-

ren ist, wird die Harmonie sicherlich beeinträchtigt. Also ein Grauen für jedes Lehrgangsteam!

Das Schlimme: Ich hatte noch das gesamte Jahr vor mir und musste versuchen, nicht daran zu denken, was alles passieren oder eintreten könnte. Stellt euch doch nur mal vor, ihr kriegt während der Lehrgangszeit Anrufe aus der Krippe wie: „Frau Ortlepp, ihr Kind hat Fieber oder ist am Dauerschreien ...“, oder die Zähnen drücken sich durch und euer Kind verbringt mit euch spannende, unterhaltsame Nächte, oder, die Kollegen fühlen sich genervt, weil das Kind nachts „gut drauf“ ist ...

All solche Sachen gingen mir durch den Kopf. Und jetzt versucht mal ganz tapfer das alles bis zum Lehrgangstart auszuschalten und nicht daran zu denken, was passieren könnte, denn sonst kommt ihr gleich mit gestresstem Kopf zum Lehrgang.

Dann kam unser Anreisetag, für meine Mitlehrgangsteilnehmer eine Woche später, für mich am 22. 8. 2011. Zunächst hieß es Krippeneingewöhnung in Durlach und das mitten in der Sommerferienzeit, wo die Kindergruppen zusammengelegt waren.

Und ein ebenfalls mulmiges Gefühl beschlich mich, wie ich zur Toreinfahrt ins Kasernenareal fuhr.

Meine Tochter Hanna nahm das alles mit großem Interesse auf und scheute sich auch nicht, gleich mal die alte Baracke, in der wir untergebracht waren, zu inspizieren. Es war erst Sonntag und noch niemand da. Außerdem war Ferienzeit und die nächste Woche versprach recht ruhig zu werden, da wir noch alleine – mal abgesehen vom Tagesdienst der Ausbilder – waren. Während die Krippeneingewöhnung durchaus entsprechend verlief, wurde noch schnell und unkompliziert für Hanna und mich im Zimmer ein zweites Bett zur Verfügung gestellt und ich konnte mit der Einrichtung beginnen. Hieß es doch, das Ganze ein wenig wohnlich zu gestalten!

Am 29. 8. 2011 war es dann soweit, erster Ausbildungstag, erstes Mal Kinderkrippe ganztags! Und was soll ich sagen, es lief. Keine Zwischenfälle oder Aufregungen während der gesamten Lehrgangszeit und selbst an den Spätübungen konnte ich – dank Oma in Leonberg – teilnehmen. Beim gemeinsamen Abschlussessen des Lehrgangs durfte



VEREINBARKEIT VON FAMILIE, KIND UND BERUF

Hanna auch mit und fühlte sich sichtlich wohl in der „Männermannschaft“.

Nun, trotz des recht angenehmen Aufenthaltes bin ich froh gewesen, dass wir am 2. 12. 2011 mit abgeschlossener Prüfung und einem einsatzfähigen Diensthund nach Hause fahren konnten. Ich bin auch froh, dass alles so toll funktioniert hat und ich bin sehr dankbar, dass die Kollegen es auf diesen Versuch haben ankommen lassen und unser Aufenthalt für niemanden zur Belastung geworden ist.

Ich möchte all denen an dieser Stelle danken, die dies möglich gemacht haben. Ganz herzlich danken möchte ich

- meinem Ausbilder Jean-Pierre Edy und meinem Lehrgangsteam
- der Kollegin Stephanie Jehl vom PP Karlsruhe, Beauftragte für Chancengleichheit
- meinem Staffelleiter Jo Kühnl für Urlaubsgenehmigung und Überstundenabbau sowie den vorausgegangenen

Telefonaten mit der Diensthundeführerschule

- Herrn Hagen, Leiter der Diensthundeführerschule Karlsruhe, sowie allen dortigen Ausbildern
- dem gesamten Betreuersteam der Kindertagesstätte „Villa“ der AWO in KA-Durlach
- und zu guter Letzt „Oma Sonni“ aus Leonberg, die die kleine Hanna zwei Tage lang betreut hat.

Liebe Hanna, dir danke ich besonders, dass du mir während dieser langen Zeit die beste Tochter der Welt gewesen bist und keine Faxen, Dummheiten und

andere unmöglichen Sachen gemacht hast. Du wirst in meinem Leben immer an vorderster Stelle stehen – trotz „Beruf und Vereinbarkeit“.

Sandy Ortlepp
Vorsitzende Kreisgruppe
Waldshut-Tiengen



Die kleine Hanna

AUS DEN KREISGRUPPEN

Skatturnier der Kreisgruppe RP LPD Stuttgart

Nach einer längeren Pause veranstaltete die GdP-KG LPD Stuttgart im Dezember in der LPD-Kantine wieder ein Skatturnier. Zwölf Skatfreunde trafen sich in gemütlicher Runde, um den Tagesieger auszuspielen. Es wurde gelacht und geflucht. Jeder gab sein Bestes, es zählte die Tagesform. Nach zwei Stunden stand der Gewinner des Hauptpreises fest. Unser Kollege Karl Leiser nahm den Hauptpreis vom Vorsitzenden Achim Pawlicki freudig entgegen.

Jeder Teilnehmer bekam einen Preis, egal welchen Platz er belegt hatte. Alle waren sich einig, dieses Turnier muss nächstes Jahr wieder stattfinden.

Achim Pawlicki



Die Teilnehmer des Turniers, Gewinner Karl Leiser (2. v. l.)

Foto: Achim Pawlicki

Anzeige

Seniorentreffen der GdP-Kreisgruppe Karlsruhe PP

Die Seniorentreffen der GdP-Kreisgruppe Karlsruhe PP finden 2012 zu nachfolgenden Terminen statt:

- 21. 2. 2012
- 20. 3. 2012
- 17. 4. 2012
- 15. 5. 2012
- 19. 6. 2012
- 17. 7. 2012
- 21. 8. 2012

- 18. 9. 2012
- 16. 10. 2012
- 20. 11. 2012
- 18. 12. 2012

Treffpunkt ist jeweils TSV Daxlanden, Herrmann-Schneider-Allee, Karlsruhe (Haltestelle Hammweg – 3 Min.), (dienstags, 15.30 Uhr).

i. A. Erhard Roiger

Werden Sie Mitglied beim
»Deutschen Roten Kreuz«

Durch eine Teilnahme an einem »Erste Hilfe Kurs« können Sie gerade bei Autounfällen durch schnelle Hilfe vor Ort Menschenleben retten!

Spenden Sie Blut - um anderen zu helfen - damit Ihnen auch geholfen werden kann! Gerade diese Blutspenden haben schon vielen verunglückten Autofahrern geholfen.

Dieser Eindruck wurde ermöglicht durch
Labor Dr. Gärtner
 Elisabethenstraße 11, 88212 Ravensburg, Tel. 0751 / 502-0



Landesdelegiertentag der GdP

Anträge des Landesfrauenvorstands weitgehend angenommen

Die Mitglieder des Landesfrauenvorstands der GdP konnten als Mandatsdelegierte bzw. Gastdelegierte am Landesdelegiertentag 2011 in Sindelfingen vollzählig teilnehmen.

Bereits am ersten Tag wurden Nicole Minge als Beisitzerin „Frauen“ und Karen Rath als Beisitzerin „Gemeindevollzugsdienst“ in den Landesvorstand wiedergewählt. Dagmar Hölzl wurde als Beisitzerin „ArbeitnehmerInnen“ neu in den Landesvorstand gewählt. Nochmals herzliche Gratulation dazu.

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen der zahlreichen Antragsberatungen.

Bereits mit dem ersten Antrag des Landesfrauenvorstands zur Novellierung des Frauenförderplans der GdP wurde eine lebhaft Diskussion entfacht. Trotz der anschaulichen Darstellung von Dagmar Hölzl, die nochmals die Notwendigkeit der Novellierung unterstrich, wurde von den Delegierten der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt und der Antrag lediglich als Arbeitsmaterial angenommen. Einen Erfolg konnte der Landesfrauenvorstand aber mit der Annahme des Antrags, Schulungsveranstaltungen für die Beauftragten für Chancengleichheit in der Polizei anzubieten, verbuchen. Judith Wolf unterstrich die

Forderung des Landesfrauenvorstands, da es für die BfC'en keinerlei Schulungsveranstaltungen gibt, es für die Gewerkschaft wichtig sei, auch diesen Frauen Fortbildungen, analog Personalräteschulungen, anzubieten. Da die Thematik, mit der sich Beauftragte für Chancengleichheit beschäftigen müssen, sehr komplex ist – man denke nur an den Dschungel Tarifrecht – ist es aus Sicht des Landesfrauenvorstands unbedingt erforderlich, Fortbildungen anzubieten. So sahen es auch die Delegierten und stimmten mit „Annahme“ des Antrags.

Die Delegierten stimmten zudem für die Stärkung der Rechte der Beauftragten für Chancengleichheit, indem das Chancengleichheitsgesetz novelliert werden sollte.

Im weiteren Verlauf des Tages konnte unter anderem erreicht werden, dass sich der Landesvorstand der GdP dafür einzusetzen hat, durch geeignete Maßnahmen die Wahrnehmung einer Führungsposition für Frauen und Männer mit Familienpflichten einfacher zu bewerkstelligen und den Landesvorstand damit zu beauftragen, sich dafür einzusetzen, den Tarifbeschäftigten eine Polizeizulage, analog den Polizeivollzugsbeamten, zu gewähren. Auch die Verwaltungsbeam-

ten wurden von den Delegierten nicht vergessen. Ein Antrag des Landesfrauenvorstands, die Beförderungsmöglichkeiten für Verwaltungsbeamtinnen/-beamte zu verbessern, wurde einstimmig beschlossen.

Dies sind nur einige der beratenen und beschlossenen Anträge. Die Aufträge umzusetzen und mit Leben zu erfüllen – darin sehen wir unsere Aufgabe in den nächsten Jahren!

Judith Wolf
Landesfrauenvorstand

PERSONALMITTEILUNGEN

Die GdP gratuliert herzlich

zur Beförderung zum/zur:

Polizeihauptkommissar A 12

Pforzheim: Uwe Schweigert.

Polizeihauptkommissar

Böblingen PD: Robert Sturm. Bodenseekreis: Bernhard Härle.

Polizeioberkommissar

Alb-Donau/Ulm: Bernd Magg. Freiburg PD: Elmar Schunggart.

Polizeikommissar

Göppingen PD: Thomas Klepsch.

Polizeihauptmeister +Z

Bodenseekreis: Roland Buffer. Zollernalbkreis: Siegfried Beck.

Polizeihauptmeister/-in

Emmendingen: Susanne Haffner. Tübingen PD: Michael Gay.

Polizeiobermeister/-in

Böblingen PD: Sonja Mayer. Ludwigsburg: Stefan Kost, Melanie Wiesemann, Polixeni Toli.

Es traten in den Ruhestand:

Bodenseekreis: Karl Hettich. Freiburg PD: Joachim Gassner. Heidelberg: Wolfgang Wobst. Heilbronn: Nikolaus Reiter. Konstanz: Reiner Koch. Ostalbkreis: Gerhard Dalferth. Sigmaringen: Albert Unger. Stuttgart PP: Hermann Baluktsian, Siegfried Hermanutz.

(zusammengestellt v. A. Burckhardt)

Landesseniorenvorstand-Beisitzerin Rita Seyfrid muss aufgeben

So schnell kann's gehen: Im Februar 2011 hatte sie sich in der Landesseniorenkonferenz noch als Beisitzerin für die Tarifbeschäftigten und Rentner/-innen in den Landesseniorenvorstand wählen lassen und bereits am Ende des Jahres musste sie wieder aufgeben: Rita Seyfrid hat ihr Amt abgeben müssen, weil es sie getroffen hat, wie viele andere auch – sie nahm ihre pflegebedürftige Mutter zu sich und damit fehlt ihr jede Zeit für ein Ehrenamt in unserer Gewerkschaft. Ein treffendes Beispiel dafür, wie sich von heute auf morgen manche Lebensgestaltung radikal verändern kann. Wer in der Seniorenarbeit tätig ist, weiß um dieses Problem – und mancher andere wahrscheinlich auch.



Der Landesseniorenvorstand bedankt sich bei Rita für die Mitarbeit, wenn sie auch leider etwas kurz war. Rita Seyfrid sei alles Gute und viel Kraft für die neue schwere Aufgabe gewünscht. Und

der Landesseniorenvorstand ist jetzt auf der Suche nach einer Nachfolge. Gerne nehmen wir Angebote und Hinweise für eine Mitarbeit entgegen.

H. Werner Fischer,
Landesseniorenvorsitzender



Rückblick

(Auszüge aus der Rede des GdP-Landesvorsitzenden Rüdiger Seidenspinner anlässlich des GdP-Neujahrsempfangs und Festakts „60 Jahre GdP, Landesbezirk Baden-Württemberg“. Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Damen und Herren,
im Namen der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Baden-Württemberg, wünsche ich allen viel Gesundheit und Glück in diesem neuen Jahr.

Große Aufgaben liegen vor uns – große Leistungen hinter uns. Daher werden wir auch die neuen Herausforderungen bewältigen, weil wir alle rückblickend eine entsprechende Grundlagenarbeit geleistet haben.

Beim Stichwort Grundlagenarbeit erlaube ich mir, mal einige Jahrzehnte zurückzuschauen – und dies nicht ohne Stolz – denn die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Baden-Württemberg, feiert gerade in diesen Tagen ihren 60. Geburtstag, sechs spannende und erfolgreiche Jahrzehnte!

Am 1. Januar 1952 wurde die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Baden-Württemberg, gegründet. Damals entschied sich der am 9. 11. 1949 in Freiburg (neu) gegründete „Verband der Polizeibeamte Badens eV“ nach einer Urabstimmung zu diesem Schritt und somit gegen die ÖTV und den DBB. Damit haben sich bereits wenige Jahre nach dem verheerenden, menschenverachtenden 2. Weltkrieg, den größtenwahnsinnigen Verbrecher vom Zaun gebrochen haben, Polizisten dieses Landes zusammengesetzt, um sich für die Belange ihrer Kolleginnen und Kollegen einzusetzen. Unter ihrem ersten Vorsitzenden Fritz Zipfel leisteten unsere Urväter Pionierarbeit im wahrsten Sinne des Wortes. Denn Gewerkschaftsarbeit ist nicht einfach und war es auch nie – und so begann sie auch gegen massiven Widerstand. Denn die französische Besatzungsmacht hatte damals den Polizeibeamten zunächst verboten, sich in einer Gewerkschaft zusammenzuschließen. Deshalb hat man zunächst den früheren Polizeibeamtenverband wiederbelebt – allerdings immer mit Blick auf die Gründung einer oder den Anschluss an eine Gewerkschaft.

Mit der 1950 verkündeten Koalitionsfreiheit gingen die Überlegungen, welchen Anschluss man suchen möchte, in die nächste Runde. Umworben von ÖTV und Beamtenbund wurde unter den Mit-



Friedrich oder Fritz Zipfel, der erste GdP-Vorsitzende in Baden-Württemberg

Quelle – Aus 40 Jahre GdP

gliedern – damals fast alle Polizeibeamte Badens – eine Urabstimmung durchgeführt. Mit einem eindeutigen Ergebnis: zwei Drittel für den Fortbestand des Verbandes und ein Drittel für den Anschluss an die ÖTV.

Damit war der Beamtenbund aus dem Rennen. Sieben Monate später fand erneut ein Verbandstag statt, bei dem neben Vertretern der ÖTV auch Vertreter der GdP, die damals schon in zahlreichen Landesbezirken gegründet war, ihre Organisation, deren Zweck und vor allem ihre Ziele dargestellt haben.

Nach entsprechenden Werbeveranstaltungen in allen Ortsgruppen fand eine erneute Urabstimmung statt, deren Ergebnis eindeutig war.

Stimmberechtigte Mitglieder: 1838 = 100%

Abgegebene Stimmen: 1679 = 91,34%

Für GdP: 970 = 52,77%

Für ÖTV: 580 = 31,55%

DBB: 0 = 0%

Ungültig: 129 = 7,05%

Enthaltungen: 159 = 8,65%

Somit war der Weg des Verbandes in die GdP geebnet. Da dies alles im engen Zusammenhang mit dem Entstehen des Landes „Baden-Württemberg“ stattfand, lag es auf der Hand, dass sich die Kollegen aus Württemberg und Hohenzollern ebenfalls auf den Weg in die GdP machten. Die GdP, Landesbezirk Baden-Württemberg, war geboren.

Bereits am 1. 1. 1952 erschien die erste Ausgabe der GdP-Zeitschrift „Deutsche Polizei“.

Welche Themen bewegten damals unsere Mütter und Väter?

Einen breiten Raum nahm schon damals die Diskussion über Besoldungsfragen ein. Damals, wie heute wieder, wurde erschreckend deutlich, wie unterschiedlich die Besoldung der Polizei in den einzelnen Bundesländern war. Die GdP forderte damals, wie heute, eine einheitliche Besoldung für Polizeibeamte.

Am 1. 4. 1952 erhöht sich das Monatsgehalt eines Polizeihauptwachmeisters unter Berücksichtigung von Frau und zwei Kindern von 306,50 DM auf 346,50 DM. Ein vergleichbarer Angestellter erhält nunmehr 368,70 DM anstatt 306,50 DM. Gleichzeitig ist die Miete für eine durchschnittliche Neubauwohnung von 56 DM auf 63 DM gestiegen.

In Berlin gelingt es der GdP, das Abgeordnetenhaus davon zu überzeugen, dass Polizisten gegenüber der allgemeinen inneren Verwaltung ein höheres Maß an Verantwortung zu tragen haben. Das Ergebnis, welches erst später in Baden-Württemberg übernommen wurde war, dass die Polizeibeamten des mittleren Dienstes mit der Amtsbezeichnung Polizeihauptwachmeister, Polizeimeister und Polizeiobermeister um je eine Besoldungsgruppe angehoben werden. Wer den Polizeihauptmeister vermisst, wird sich wundern. Der Polizeiobermeister war das Spitzenamt des mittleren Dienstes, den PHM gab es 1952 noch nicht. Dieser Erfolg in Berlin galt für die GdP im gesamten Bundesgebiet als Vorbild. Sie verlangte schlicht die Abkehr von dem damals noch gültigen Reichsbesoldungsgesetz und die Schaffung eines neuen Besoldungsrechts. Interessant ist auch, mit welchen Themen sich die Polizei damals sonst noch beschäftigte. Beim Blättern in den Archiven stellt man fest, dass man sich schon damals erhebliche Gedanken machte, wie man mit verwahrlosten und streunenden Kindern und Jugendlichen umgehen soll.

Man setzte sich sehr eingehend mit der Residenzpflicht aus dem Jahre 1937 auseinander, welche, so die damalige Berichterstattung, einer Art Stubenarrest gleich. Bemerkenswert ist eine Feststellung in einem Artikel des damaligen Leiters der Landespolizeischule Düsseldorf und Polizeioberleutnant Plewe: „Es sind bisher

Fortsetzung auf Seite 8



Fortsetzung von Seite 7

immer noch nicht der tote Buchstabe, sondern Pflichtgefühl und Kameradschaft gewesen, die den Beamten veranlassen haben, auch in schwierigen Zeiten rechtzeitig zur Stelle zu sein. Diesen charakterlichen Eigenschaften und dem guten Geist in der Polizeibeamtenschaft sollte man es überlassen und im Zeitalter des Rundfunks und Flugverkehrs von theoretischen Bestimmungen gänzlich absehen, zumal ihre Beachtung kaum überwacht werden kann.“

Interessant ist auch, dass man damals etwas heute Unvorstellbares gemacht hat. Man hat führende Leitungsfunktionen in der Deutschen Polizei ausgeschrieben, so in der ersten Ausgabe vom Januar 1952 die Stelle des Leiters der Schutzpolizei in Mönchenglöblich (Polizeiort). Gefordert wurden damals für die Stelle, die für 142 km² und 209 340 Einwohner verantwortlich war, eine lückenlose Ausbildung und praktische Erfahrung im höheren Polizeidienst. Dies erscheint mir, retrograd betrachtet, alles ein bisschen viel für sieben Jahre nach Kriegsende. Die GdP hat sich schon damals mit der Unterbewertung des polizeilichen Einzeldienstes auseinandergesetzt oder sich Gedanken gemacht, ob die Kollegen mit ihrem Chef zufrieden sind. Die damals geschaffene Einteilung kommt heute noch in der Führungslehre vor, nämlich

- der großzügige Vorgesetzte,
- der strenge Vorgesetzte,
- der schwierige Vorgesetzte,
- der pedantische Vorgesetzte,
- der ängstliche Vorgesetzte und
- der launige Vorgesetzte.

Neben vielen verkehrsrechtlichen Abhandlungen wurde in vielen Artikeln aus dieser Zeit die Frage diskutiert, ob der Begriff Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft nach § 152 GVG noch zeitgemäß ist. Bemerkenswert aus heutiger Sicht ist auch die Tatsache, dass bereits damals schon festgestellt wurde, dass auch Beamte das Recht haben, einzeln oder im Kollektiv das Petitionsrecht wahrzunehmen. **Vielleicht war der genau morgen vor 61 Jahren in Erstausführung ausgestrahlte Film „Die Sünderin“ mit Hildegard Knef der Grund, um auf das Folgende hinzuweisen:**

Ehebruch als Disziplinarvergehen

„Ehebruch muss bei Beamten als Dienststrafvergehen angesehen werden und kann in besonders schweren Fällen

Dienstentlassung und Widerruf aller Beamtenrechte zur Folge haben“, entschied damals die Dienststrafkammer beim Verwaltungsgericht Darmstadt in einer Verhandlung gegen einen hessischen Polizeibeamten.

Das lassen wir einfach mal so stehen!

Was hat sich aber seit dieser Zeit wirklich verändert. Bei oberflächlicher Betrachtung eigentlich recht viel:

- den Hauptwachtmeister gibt es z. B. nicht mehr
- heute sind wir auf dem Weg, den mittleren Dienst in der Polizei abzuschaffen
- Aufgaben, Leitungsfunktionen und Bewertung haben sich in den Jahren völlig verschoben
- Ausstattung, Dienstkleidung, Ausrüstung und Arbeitszeit haben sich mehrfach verändert
- genau wie unsere Lebensgestaltung und -planung sowie die gesamte Gesellschaft im Hinblick auf Wohnung, Kleidung, Straßen, Werbung und, und, und.

Die Polizei von damals ist nicht mehr mit unserer Polizei von heute zu vergleichen, obwohl die Grundeinstellung zum Polizeiberuf eigentlich gleich geblieben ist.

Der Erfolg bzw. der Wandel hat viele Mütter und Väter – das wird einem ganz bewusst, wenn man in den Archiven schmökert. Doch wenn man tiefer geht, dann haben sich nur Äußerlichkeiten verändert und vielleicht auch solche Din-

ge, die oft und gerne etwas überbewertet werden. Für uns als Gewerkschaft hat sich im Grunde nichts verändert.

Unsere Arbeit bestand früher und heute darin, sich für die Belange unserer Kolleginnen und Kollegen einzusetzen – sie aufzugreifen, zu artikulieren und denen vorzutragen, die was verändern können.

Hierzu aus dem Grußwort des Vorsitzenden Schulte anlässlich des Delegiertentages 1952:

„In freimütiger Aussprache müssen die Sorgen und Nöte der Polizeiangehörigen durch den Mund der berufenen Vertreter der Öffentlichkeit, den Parlamentariern und den Vertretern der Regierung vor Augen geführt werden, damit endlich der unverständliche Widerstand gegen die bescheidenen und berechtigten Wünsche der Polizei verschwindet und die so oft versprochene Hilfe praktisch verwirklicht wird.“

Damals wie heute versuchen wir unsere Sichtweise denen gegenüber darzustellen, die bestimmte Dinge verändern oder auf den Weg bringen können und ggfs. auch wollen.

Wir sind das Sprachrohr derer, die sich in den Dienst der Allgemeinheit gestellt haben. Das ist wichtig und richtig. Das haben unsere GdP-Mütter und -Väter so begonnen und uns sozusagen vererbt.

Dieses Erbe gilt es zu bewahren und weiterhin mit Leben zu erfüllen. So wie unsere Gründungsmitglieder vor über sechzig Jahren, werden wir weiterhin Unrecht anprangern, Lösungen aufzeigen und versuchen, so viele Verbesserungen wie möglich zu erreichen.

Dazu bedienen wir uns aller legitimen Mittel, aber immer auf Augenhöhe – also ohne zu vergessen, dass wir es auf der „anderen“ Seite auch (nur) mit Menschen zu tun haben.

Besserwisseri und Ignoranz hat es schon immer gegeben. Es wird auch immer welche geben, die mit unserem Weg nicht einverstanden sind oder sich gar von uns abwenden.

Das wird uns aber nicht von unserem Weg, sich ohne Wenn und Aber für die Belange der Kolleginnen und Kollegen einzusetzen, abbringen.

Diesen Weg haben die Gründungsmitglieder vor 60 Jahren in einer für uns heute sehr unwirklichen Zeit begonnen, haben ihn konsequent verfolgt und wir werden ihn so weitergehen.



©: cineArt

